



Freie und Hansestadt Hamburg

Bezirksamt Bergedorf

Bezirksamt Bergedorf - Zentrum für Wirtschaftsförderung, Bauen und Umwelt - Postfach 800380 - 21003 Hamburg

Zentrum für Wirtschaftsförderung, Bauen und Umwelt
Bauprüfung - B/WBZ 2

###

Wentorfer Straße 38a
21029 Hamburg
Telefax
040 - 4 279 06 - 047
E-Mail
Baupruefung@bergedorf.hamburg.de

Ansprechpartnerin: ###
Telefon - ###

GZ.: B/WBZ/01079/2013
Hamburg, den 13. Februar 2014

Verfahren
Eingang

Baugenehmigungsverfahren nach § 62 HBauO
19.03.2013

Grundstück
Belegenheit
Baublock
Flurstück

607-055
4097 in der Gemarkung: Kirchwerder

2-geschossiger Anbau mit Werkstatt- und Ausstellungsflächen

GENEHMIGUNG

Nach § 72 der Hamburgischen Bauordnung (HBauO) in der geltenden Fassung wird unbeschadet der Rechte Dritter die Genehmigung erteilt, das oben beschriebene Vorhaben auszuführen.

Dieser Bescheid gilt nach § 58 Absatz 2 HBauO auch für und gegen die Rechtsnachfolgerin oder den Rechtsnachfolger.

Die bauordnungsrechtliche Genehmigung erlischt nach § 73 Absatz 1 HBauO, wenn innerhalb von drei Jahren nach ihrer Erteilung mit der Ausführung des Vorhabens nicht begonnen oder die Ausführung länger als ein Jahr unterbrochen worden ist.

Sie kann auf schriftlichen Antrag nach § 73 Absatz 3 HBauO jeweils um bis zu einem Jahr verlängert werden.



Kunden-WC
Aufzug

Termine nach Vereinbarung unter der
Telefon-Nr.: 42891 - 4000

Öffentliche Verkehrsmittel:
S2, S21 Bergedorf
Bus 235 Rathaus Bergedorf
alle Busse Mohnhof

Dieser Bescheid schließt ein:

1. Ausnahmegenehmigung nach § 4 der Verordnung zum Schutz des Baumbestandes und der Hecken in der Freien und Hansestadt Hamburg (Baumschutzverordnung) in der geltenden Fassung für das Fällen einer mehrstämmigen Rotbuche und einer Korkenzieherweide gemäß Anlage 20/17 sowie für die Beseitigung einer ca. 20 m langen Buchenhecke an der östlichen Grundstücksgrenze.

Begründung

Für die Erweiterung des Tischlereibetriebes ist die Fällung von insgesamt 4 Bäumen (1 Zierkirsche, 1 Süßkirsche, 1 mehrstämmige Rotbuche und 1 Korkenzieherweide) erforderlich, davon sind die mehrstämmige Rotbuche und die Korkenzieherweide nach § 2 der Hamburger Baumschutzverordnung geschützt.

Geschützte Einzelbäume, Baumgruppen und Hecken auf dem Baugrundstück oder auf den Nachbargrundstücken bzw. im Grenzbereich sind dauerhaft zu erhalten. Gemäß § 2 der Baumschutzverordnung dürfen sie nicht entfernt oder geschädigt werden. Das gilt für alle Pflanzenteile: Wurzeln, Stamm und Äste.

Aufgrund der geringen Flächenverfügbarkeit auf dem Grundstück und unter Berücksichtigung der internen Betriebsabläufe gibt es für die Betriebserweiterung keinen Alternativstandort mit Erhalt der o. g. geschützten Bäume und der Hecke. Durch die Ersatzpflanzungen, u. a. einer Hecke an der rückwärtigen Grundstücksgrenze wird der Eingriff durch die Gehölzbeseitigungen ausgeglichen.

Die erforderliche Ausnahmegenehmigung gemäß § 4 der Baumschutzverordnung zum Fällen geschützter, aber das Bauvorhaben behindernder Gehölze wird erteilt.

2. Wasserrechtliche Erlaubnis [§§ 8, 9 und 10 WHG] für das Einleiten von Niederschlagswasser in die Oberflächengewässer Grenzgraben und Sielgraben 47a.

Die Gestattung wird nach Bestandskraft als Wasserrechtliche Erlaubnis Nr.472/14 in das Wasserbuch der Freien und Hansestadt Hamburg bei der Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt, Neuenfelder Straße 19, 20539 Hamburg, eingetragen.

Diese Gestattung (Erlaubnis nach Wasserrecht) ist allgemein unbefristet, sie gilt bis zum Widerruf. Gestattungen sind -grundsätzlich- jederzeit widerruflich [§ 18 WHG]; sie stehen unter dem Vorbehalt weiterer Verpflichtungen und Auflagen [§ 13 WHG].

Die Anlage gewässerrechtlichen Anforderungen sind zu beachten.

Planungsrechtliche Grundlagen

Nicht überplanter Bereich Aussenbereich nach § 35 Baugesetzbuch (BauGB)
Baugesetzbuch

3. Die Werkstatterweiterung kann nach § 35 Abs. 4 Nr. 6 BauGB als angemessene Erweiterung genehmigt werden.

Ausführungsgrundlagen

Bestandteil des Bescheides

- die Vorlagen Nummer

20 / 15	Lageplan Kampfmittel
20 / 17	Lageplan/Baumbestand
20 / 18	Lageplan
20 / 21	Dachaufsicht/Abstandsfläche
20 / 35	Lageplan
20 / 36	Lageplan Entwässerung
20 / 37	Berechnung
20 / 38	Lageplan Ausgleich Obstwiese
20 / 39	Regenrückhaltung
20 / 40	Regelskizze Einleitung
20 / 41	Grundriss / Erdgeschoss
20 / 42	Grundriss / Obergeschoss
20 / 43	Schnitt
20 / 44	Ansicht / Nord-West
20 / 45	Ansicht / Süd-Ost
20 / 46	Brandschutzplan Grundriss Untergeschoss
20 / 47	Brandschutzplan Grundriss Obergeschoss

Sie sind im Rahmen des gesetzlich geregelten Prüfungsumfanges verbindlich.
Die Grüneintragungen in den Vorlagen sind zu beachten.

Erteilte Abweichungen von öffentlich-rechtlichen Vorschriften

4. Folgende bauordnungsrechtliche Abweichungen werden nach § 69 HBauO zugelassen
 - 4.1. für das Unterschreiten der erforderlichen Abstandsflächentiefe von 2,50 m um 2,50 m (§ 6 Abs. 5 HBauO). Die Abstandsfläche soll auf dem Nachbargrundstück nachgewiesen werden.
 - 4.2. Öffnung in einer inneren Brandwand, § 28 HBauO

Bedingung

Die Öffnung ist gem. § 28(8) auszuführen

Aufschiebende Bedingung

5. Von der Genehmigung darf erst Gebrauch gemacht werden, wenn
 - 5.1. die Baulasterklärung nach § 79 Absatz 1 HBauO über die Erschließung, Zufahrt und Stellplatzanlage vorliegt.
 - 5.2. die Baulasterklärung nach § 79 Absatz 1 HBauO über die Sicherung der Abstandsflächen (§ 6 Abs. 2 HBauO) vorliegt.

Diese Nebenbestimmungen verlängern nicht die Geltungsdauer der Genehmigung nach § 73 Absatz 1 HBauO.

Genehmigungseinschränkungen (aufschiebende Bedingung)

6. Mit den entsprechenden Bauarbeiten darf erst begonnen werden, wenn über folgende Prüfgegenstände ein Ergänzungsbescheid erteilt worden ist:
 - 6.1. Standsicherheit
Hierfür ist der erforderliche Nachweis gemäß § 14 der Bauvorlagenverordnung in der geltenden Fassung (BauVorlVO) zur Prüfung nachzureichen.
 - 6.2. Nachweis des Wärmeschutzes und der Energieeinsparung
Hierfür sind die erforderlichen Bauvorlagen gemäß § 16 der Bauvorlagenverordnung in der geltenden Fassung (BauVorlVO) zur Prüfung nachzureichen.
 - 6.3. Prüfung der abwasserrechtlichen Belange
Hierfür sind die erforderlichen Bauvorlagen gemäß § 18 Abs. 2 der Bauvorlagenverordnung in der geltenden Fassung (BauVorlVO) zur Prüfung nachzureichen.

Diese Einschränkungen verlängern nicht die Geltungsdauer der Genehmigung nach § 73 Absatz 1 HBauO.

Rechtsbehelfsbelehrung

Gegen diesen Bescheid können Sie innerhalb eines Monats nach Bekanntgabe Widerspruch schriftlich oder zur Niederschrift bei der im Briefkopf bezeichneten Dienststelle einlegen (§ 70 VwGO).

Der Bescheid umfasst auch die

Anlage - bauordnungsrechtliche Auflagen und Hinweise
Anlage - arbeitnehmerschutzrechtliche Auflagen und Hinweise

Anlage - gewässerschutzrechtliche Auflagen und Hinweise
Anlage - immissionsschutzrechtliche Auflagen und Hinweise
Anlage - kampfmittelrechtliche Auflagen und Hinweise
Anlage - naturschutzrechtliche Auflagen und Hinweise

Unterschrift

Gebühr

Über die Gebühr ergeht ein gesonderter Bescheid.

Im Einzelfall werden weitere Gebühren in gesonderten Bescheiden gemäß § 1 Absatz 2 der Baugebührenordnung (BauGebO) in der geltenden Fassung erhoben.

Weitere Anlagen

Formblatt - Mitteilung über die Innutzungnahme
Anlage - Statistikangaben zur Umsetzung des HmbTG

Anlage zum Bescheid

BAUORDNUNGSRECHTLICHE AUFLAGEN UND HINWEISE

AUFLAGEN

Brandschutz - Rettungswege

7. Zur Sicherstellung des Grundschatzes ist eine Löschwasserversorgung von mindestens 48 m³/h über den Zeitraum von 2 Stunden erforderlich. Hierzu können Löschwasserentnahmestellen im Umkreis von max. 300 m vom Objekt herangezogen werden. Zur weiteren Information stehen die Hamburger Wasserwerke, Techn. Kundenberatung, Tel. (040) 78 88 0, zur Verfügung.
8. An Abzweigungen notwendiger Flure, an den Zugängen zu notwendigen Treppenträumen, an Kreuzungen sowie an Ausgängen der Rettungswege müssen dauerhaft und gut sichtbar Sicherheitszeichen nach DIN 4844 angebracht werden. Die Sicherheitszeichen müssen lang nachleuchtend oder be- bzw. hinterleuchtet sein.
9. Feuerlöscher nach DIN EN 3 müssen gut sichtbar vorgehalten werden. Zur Bemessung der Art und Anzahl der erforderlichen Feuerlöscher ist die Empfehlung des Deutschen Feuerwehrverbandes zur „Ausstattung von Arbeitsstätten mit Feuerlöschern“ anzuwenden.

HINWEISE

10. Der Beginn der Ausführung ist der Bauaufsichtsbehörde spätestens eine Woche vorher mitzuteilen (§ 72a Abs. 4 HBauO).
11. Die Bauherrin oder der Bauherr hat die beabsichtigte Aufnahme der Nutzung mindestens zwei Wochen vorher der Bauaufsichtsbehörde anzuzeigen. Dies gilt nicht für die Beseitigung von Anlagen und die Errichtung von nicht baulichen Werbeanlagen (§ 77 Abs. 2 HBauO).

Anlage zum Bescheid

ARBEITNEHMERSCHUTZRECHTLICHE AUFLAGEN UND HINWEISE

Zuständige Stelle für die Überwachung

Zuständige Dienststelle
Behörde für Gesundheit und Verbraucherschutz
Amt für Arbeitsschutz - Arbeitnehmerschutz
Billstraße 80
20539 Hamburg

AUFLAGEN

Vorschriften

12. Bei der Ausführung und dem Betrieb der Anlage müssen Sie das Arbeitsschutzgesetz (ArbSchG), das Produktsicherheitsgesetz (ProdSG), das Chemikaliengesetz (ChemG) und die daraus erlassenen Rechtsvorschriften einhalten.

Nebenbestimmungen/ Hinweise

13. Die Gefahren durch Fahrzeugverkehr (Gabelstapler, PKW, LKW) im Bereich der Notausgangstür EG sind zu betrachten und es sind entsprechende Schutzmaßnahmen, wie Abpollern, farbig markieren o.ä. zu ergreifen.
14. Die NA-Tür muss sich, solange sich Mitarbeiter in der Betriebsstätte befinden von innen ohne zusätzliche Hilfsmittel öffnen lassen. (z.B. Panik- oder Fluchtschloss)
15. Die kraftbetätigten Türen/Tore müssen bezüglich Bau und Ausrüstung den Anforderungen des Bauproduktengesetzes (BauPG) und der Maschinenrichtlinie 98/37/EG (9. Verordnung zum Gerätesicherheitsgesetz) genügen. Zusätzlich muss die Ziffer 1.7. des Anhanges der Arbeitsstättenverordnung und die ASR A 1.7 Türen und Tore beachtet werden. Vor der ersten Inbetriebnahme muss ein Prüfnachweis vorliegen, dass die Türen/Tore von einer befähigten Person auf ihren sicheren Zustand überprüft worden sind (§ 10 Abs. 1 BetrSichV).
16. Die Notausgänge sind mit entsprechenden Hinweispiktogrammen (lange nachleuchtend oder besser noch beleuchtet und akkugepuffert) auszurüsten
17. Die Außentreppe ist mit Gitterrostaufritten geplant. Bei Eis und Schnee soll die Treppe durch die organisatorische Maßnahme sicher begehbar gehalten werden.

Anlage zum Bescheid

###

###

Transparenz in HH

Anlage zum Bescheid

GEWÄSSERSCHUTZRECHTLICHE AUFLAGEN UND HINWEISE

Zuständige Stelle für die Überwachung

Bezirksamt Bergedorf
Dezernat Wirtschaft, Bauen und Umwelt
Zentrum für Wirtschaftsförderung, Bauen und Umwelt
Wentorfer Straße 38a
21029 Hamburg
E-Mail: Baupruefung@bergedorf.hamburg.de

AUFLAGEN

Vorschriften:

Bei der Ausführung und den Betrieb der Anlage sind folgende Vorschriften einzuhalten:

die Vorschriften des Wasserhaushaltsgesetzes WHG
die Vorschriften des Hamburgischen Wassergesetzes HWaG
die Vorschriften der aufgrund des WHG bzw. des HWaG erlassenen Rechtsverordnungen.

18. Bezüglich der Anforderungen zum Binnenhochwasserschutz und zum Schutz von Gewässern vor hydraulischem Stress ist eine Abflusshemmung durch Rückhaltung gem. DWA-Arbeitsblatt A 117 vorzunehmen.
Auf Grundlage des sich ergebenden geringen Rückhalteranges von jeweils ca. 6m³ wird auf Rückhaltung verzichtet. Das DWA-Merkblatt M 153 sagt aus, dass auf Rückhaltung verzichtet werden kann, wenn eine der Bedingungen erfüllt ist. In diesem Falle ist das erforderliche Gesamtspeichervolumen nach Abschnitt 6.3.4. kleiner als 10m³. Aus diesem Grunde sieht die Wasserbehörde davon ab eine Rückhaltung zu fordern.
19. Das abzuleitende Niederschlagswasser darf nicht unbehandelt in ein Gewässer eingeleitet werden, die Behandlung muss dem Stand der Technik entsprechen [§ 57 i.V.m. 3 Ziff.11 und der Anlage 1 WHG]. Zur Beurteilung des Schadstoffpotentials und des Schutzbedürfnisses des Gewässers ist ein Nachweis nach dem DWA-Merkblatt M 153 vorzunehmen.
Der Nachweis ist erbracht und mit $G = 10 \leq B = 10$ positiv erfüllt. Aus diesem Grunde kann eine entsprechende Behandlungsmaßnahme entfallen.

Bedingungen und Auflagen Einleitung

20. Die Gewässerbenutzung ist nur im Rahmen der anliegenden Beschreibung, Pläne und Berechnungen unter Beachtung der Änderungen zulässig.
21. Einleitstelle
Die Einleitung erfolgt ausschließlich über die im Lageplan gekennzeichnete(n) Einleitstelle(n) [i.W.: Anlage 1 (20/36)].
Es ist ein Auslaufbauwerk [REGELSKIZZE EINLEITSTELLE] herzurichten. Die Rohrsohle am Auslauf ist etwa 20cm über dem mittleren Wasserstand bzw. der trockenen Sohle des Gewässers anzuordnen. Die Umpflasterung aus Natursteinen

ist auf Sauberkeitsschicht zu setzen und mind. 2/3 in Beton C 12/15 einzubinden, der Ablauf wird muldenförmig ausgebildet.

22. Die Anlage ist unverzüglich nach Verlegung der Entwässerungsleitung(en) herzustellen.
23. Die Anlage erhält die Reg.-Nr.: 472-14 Das Nummernschild wird von der Wasserbehörde zum Nutzungsbeginn ausgehändigt. Es wird am Einleitbauwerk/Drosselschacht befestigt oder auf Schildträger montiert (z.B. T-Eisen mit Quertraverse 0,50m ü.OKG mit 2 Bohrungen, Lochabstand: 18,5cm). Registrierschild und -träger sind zu unterhalten und ggf. zu erneuern.
24. Einleitstelle ist für Beauftragte der Wasserbehörde jederzeit zugänglich zu halten.

Allgemeine Bedingungen und Auflagen

25. Bauliche Veränderungen oder Erweiterungen, die Einfluss auf die Einleitart oder -menge haben, sind vor Ausführung mit prüfungsfähigen Unterlagen bei der Wasserbehörde zu beantragen.
26. Dem Niederschlagswasser dürfen keine Stoffe hinzugefügt werden, die für ein Gewässer schädlich sind, insbesondere sind dies Benzine, Phenole, sonstige Öle und Fette, waschaktive Substanzen (z.B. Tenside, Phosphate, Seifen) sowie Schwermetalle (z.B. in Rostschutzfarben enthalten).
Das Einleiten von belastetem Grundwasser (Dränwasser) einschl. natürlicher Hintergrundbelastung (z.B. Eisen, Mangan, Sulfat) ist unzulässig. Der GestattungsinhaberIn hat im Rahmen der Eigenüberwachung Sichtkontrollen des Gewässers vorzunehmen. Bei erkennbarer Verunreinigung (z.B. Trübung, Flockung) ist unverzüglich
die Wasserbehörde
(Tel.: 428 91-4344/-4345 oder. 0172 409 7294 bzw. 0172 746 2956)
oder
die Rufbereitschaft der Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt
(Tel.: 428 40-2300 bzw. über Polizei)
zu benachrichtigen; die Einleitung ist zu unterbinden.
27. Im Einzugsbereich der zu entwässernden Flächen dürfen Fahrzeuge, Maschinen, Geräte u.ä. nicht gewaschen, gereinigt, gewartet oder mit Betriebsstoffen versorgt werden. Desgleichen dürfen wassergefährdende Stoffe (Benzine, Öle, Lacke, Farben, Lösungsmittel etc.) oder Gegenstände, die mit diesen Stoffen verunreinigt oder behaftet sind, nicht gelagert, abgefüllt oder umgeschlagen werden. Ausgenommen hiervon ist die zweckbestimmte Nutzung in den Gebinden und Bereichen, die gem. den Vorschriften zum Umgang mit wassergefährdenden Stoffen hierfür geeignet und zugelassen sind.
Unfälle mit vorgenannten Stoffen sind der Wasserbehörde unverzüglich anzuzeigen.
28. Eine Stilllegung der Entwässerungsanlage ist der Wasserbehörde innerhalb eines Monats mitzuteilen. Wird die Gestattung widerrufen, ist die Einleitstelle vom Gestattungsinhaber zu beseitigen und eine natürlich begrünzte ersatzweise die ortsübliche Böschung herzurichten.
29. Als (Mit-)Eigentümer des Gewässers und Unterhaltungspflichtiger nach § 40 Wasserhaushaltsgesetz -WHG- ist der Gestattungsinhaber zum Erhalt des Gewässerbettes und eines ordnungsgemäßen Wasserabflusses unter Beachtung

von Bewirtschaftungszielen und der Belange des Naturhaushaltes [§ 39 WHG i.V.m. §§ 35ff Hamburgisches Wassergesetz -HWaG-] verpflichtet.

30. Der Gestattungsinhaber haftet für alle Schäden, die sich aus der mangelnden Unterhaltung und der Benutzung der Anlage ergeben und hält die Freie und Hansestadt von Schadenersatzansprüchen Dritter frei.
 31. Sollte eine Veränderung der Einleitstelle, der Leitungstrasse pp aus öffentlichen Gründen erforderlich werden, kann die Wasserbehörde die Umlegung, erforderlichenfalls auch die Beseitigung, verlangen. Die Gewährung einer Entschädigung bleibt ausgeschlossen.
- weitere Anforderungen
32. Neue bzw. umzulegende Ver- und Entsorgungsleitungen (Gas, Wasser, Abwasser, Strom etc.) sind entweder in die Zuwegung oder mindestens 1,00 m unter die feste Grabensohle zu legen.
 33. Bestehende, nicht mehr benötigte Leitungen sind fachgerecht zurückzubauen und ordnungsgemäß zu verschließen.
 34. Abnahme
Der Abschluss der Arbeiten ist der Wasserbehörde innerhalb eines Monats nach Fertigstellung mitzuteilen, die eine Abnahme vornimmt und einen Abnahmeschein erstellt.

HINWEISE

35. Ausfertigung dieses Bescheides erhalten
der Ent-/ Bewässerungsverband der Marsch- und Vierlande
36. Das Bezirksamt Bergedorf als Wasserbehörde kann bei einem durch das eingeleitete Wasser bedingten Verdacht auf einen Abwassermisstand Probeuntersuchungen anordnen. Die Kosten gehen zu Lasten des Betreibers, von dessen Betriebsanlage die Belastung ausgeht.
37. Gestattungen (Wasserrechtliche Genehmigungen bzw. Erlaubnisse) sind auch im Rahmen der Bauausführung erforderlich für temporäre
 - 1)Entnahme von Bauwasser aus einem Gewässer [§ 8 WHG],
 - 2)Einleitung von Grund- oder Bauwasser in ein Gewässer [§ 8 WHG],
 - 3)Ein- oder Abdämmen, Verrohren oder Überbauen eines Gewässers [§ 15 HWaG],
 - 4)Aufstauen oder Absenken des Wasserspiegels [§ 22 HWaG]

Anlage zum Bescheid

IMMISSIONSSCHUTZRECHTLICHE AUFLAGEN UND HINWEISE

Zuständige Stelle für die Überwachung

Bezirksamt Bergedorf
Dezernat Wirtschaft, Bauen und Umwelt
Fachamt Verbraucherschutz, Gewerbe und Umwelt
Wentorfer Straße 38a
21029 Hamburg
E-Mail: Verbraucherschutz@bergedorf.hamburg.de

AUFLAGEN

38. Bei der Ausführung und beim Betrieb der Anlage sind zu beachten:
die Vorschriften des § 22 des Bundesimmissionsschutzgesetzes (BImSchG) über
nicht genehmigungsbedürftige Anlagen,
die Vorgaben der Technischen Anleitung zum Schutz gegen Lärm (TA Lärm),
die Vorgaben der Verordnung über kleine und mittlere Feuerungsanlagen (1.
BImSchV),
die Vorgaben der Verordnung zur Auswurfbegrenzung von Holzstaub (7. BImSchV).
39. Durch den Betrieb darf es nicht zu schädlichen Umwelteinwirkungen im Sinne des §
3 des BImSchG kommen.
Die Geräuschemissionen sind gemäß den Vorgaben der TA-Lärm (in der gültigen
Fassung) zu beurteilen.
40. Für die betriebsbedingten Geräuschemissionen außerhalb des Gebäudes wird für
den Bereich der umgebenden Bebauung ein Grenzwert von
tagsüber (06.00 - 22.00 Uhr) 60 dB(A)
und nachts (22.00 - 06.00 Uhr) 45 dB(A) festgelegt.
Kurzzeitige Geräuschspitzen dürfen die vorgenannten Pegel tagsüber um nicht
mehr als 30 dB(A) und nachts um nicht mehr als 20 dB(A) überschreiten.
41. Die Einhaltung der in der 1. BImSchV festgelegten Anforderungen an die
Heizungsanlage ist innerhalb von vier Wochen nach Inbetriebnahme von einem
Schornsteinfeger feststellen zu lassen.
42. Es dürfen keine Hölzer verfeuert werden, die Holzschutzmittel, halogenorganische
Verbindungen (z.B. PVC) oder Schwermetalle enthalten.
43. Beim Betrieb von Absauganlagen darf die Massenkonzentration an Staub und
Spänen in der Abluft, bezogen auf den Normzustand, einen Wert von 20 Milligramm
je Kubikmeter Abluft nicht überschreiten.

Anlage zum Bescheid

KAMPFMITTELRECHTLICHE AUFLAGEN UND HINWEISE

Zuständige Stelle für die Überwachung

Behörde für Inneres Feuerwehr
F04
F046
Billstrasse 87
20539 Hamburg
E-Mail: GEKV@feuerwehr.hamburg.de

AUFLAGEN

44. Die Fläche wird nicht nach § 1 (4) der Kampfmittelverordnung (Kampfmittel-VO, Hamburgisches Gesetz und Verordnungsblatt Nr. 45 vom 30.12.2005) als Verdachtsfläche eingestuft. Die folgende Stellungnahme gilt nur für die auf dem zugehörigen Lageplan grün dargestellten Flächen:
Die Auswertung der alliierten Luftbilder aus dem II. Weltkrieg hat ergeben, dass auf der von Ihnen abgefragten Fläche kein Hinweis auf noch nicht beseitigte Bombenblindgänger oder vergrabener Munition, Kampfstoffe oder Waffen etc. vorhanden sind.

Anlage zum Bescheid

NATURSCHUTZRECHTLICHE AUFLAGEN UND HINWEISE

Zuständige Stelle für die Überwachung

Freie und Hansestadt Hamburg
Bezirksamt Bergedorf
Dezernat Wirtschaft, Bauen und Umwelt
Zentrum für Wirtschaftsförderung, Bauen und Umwelt
Wentorfer Straße 38a
21029 Hamburg
Fax.-Nr.: 040 - 4 28 91 - 29 02

AUFLAGEN

45. Die Erweiterung des Tischlereibetriebes stellt mit dem Anbau sowie den neuen Pflasterflächen für Stellplätze und die Zuwegung im Außenbereich einschließlich der Gehölzbeseitigungen gemäß § 14 des Bundesnaturschutzgesetzes (BNatSchG) einen Eingriff in Natur und Landschaft dar, der gemäß § 15 BNatSchG auszugleichen ist.
Die nachfolgenden Anforderungen dienen dazu, die mit dem Eingriff verbundenen Beeinträchtigungen von Natur und Landschaft so gering wie möglich zu halten, den Eingriff auszugleichen und eine optische Einbindung des Gebäudes in die Landschaft zu erreichen.
46. Der Anbau einschließlich der Außenanlagen dient dem Tischlereibetrieb Julius Bendschneider, Süderquerweg 212 und ist ausschließlich dieser Nutzung vorbehalten. Eine andere als die beschriebene Nutzung des Anbaus ist unzulässig und muss gesondert beantragt werden.
47. Die Befestigung der Stellplätze einschließlich Zuwegung ist auf das erforderliche Maß zu beschränken und soweit möglich in wasser- und luftdurchlässiger Bauweise (Rasengittersteine oder Grand) herzustellen.
48. Die an der westlichen Grundstücksgrenze befindliche Buchenhecke entfällt durch den Anbau. Dafür ist entsprechend der Darstellung in der Anlage 20/35 an der rückwärtigen Grundstücksgrenze eine Eingrünung durch Neupflanzung einer Buchenhecke (Rot- oder Hainbuche) mit zweimal verpflanzten Heistern, Höhe 0,80 m, 2 Pflanzen pro lfd. Meter fachgerecht anzupflanzen. Die Anpflanzung ist zu einer geschlossenen Hecke mit einer Mindesthöhe von 1.50 m zu entwickeln.
49. Für den mit der Betriebserweiterung verbundenen Eingriff durch die Neuversiegelung von Flächen ist ein flächenhafter Ausgleich in Größe der Neuversiegelung zur Verfügung zu stellen, ökologisch aufzuwerten und dauerhaft zu pflegen und zu erhalten.
Die versiegelte Fläche beträgt insgesamt 680 m² für den Werkstattanbau und die Wege- und Stellplatzflächen.
Als Ausgleich ist auf dem Flurstück 5431, Gemarkung Kirchwerder (Fersenweg 44) im südlichen Grundstücksbereich als Erweiterung einer bestehenden Obstbaumfläche eine Obstwiese mit einer Flächengröße von 700 m² und der Pflanzung von 6 Obstbaumhochstämmen neu anzulegen.

Die Obstbäume sind mit einer Pflanzqualität Hochstamm, 3 mal verpflanzt, Stammumfang 12 - 14 cm fachgerecht anzupflanzen. Die Obstwiese ist als extensiv genutzte Streuobstwiese anzulegen, zu pflegen und von anderen Nutzungen freizuhalten. Die Fläche ist maximal 3 mal im Jahr zu mähen, der Einsatz von Dünge- und Pflanzenschutzmitteln ist auszuschließen.

50. Als Ausgleich für die 2 Baumfällungen ist entweder die o. g. Obstwiese um 2 zusätzlich Obstbäume zu erweitern oder alternativ können auch 2 heimische, standortgerechte Laubbaum-Hochstämme (Länge zwischen Wurzel- und Kronenansatz beträgt 1.80 m) 3 mal verpflanzt und mit einem Stammumfang von 14 - 16 cm auf dem Grundstück gepflanzt werden. (Gehölzarten s. beiliegende Liste)
51. Die zuvor genannten Ausgleichspflanzungen sind auf Dauer zu erhalten und bei Abgang durch dieselbe Gehölzart und Qualität zu ersetzen. Die Bäume sind in ihrer natürlichen Wuchsform zu entwickeln.
52. Die Pflanzungen sind in der ersten Pflanzperiode (Frühjahr/Herbst) nach Fertigstellung der Baumaßnahme durchzuführen. Die Fertigstellung ist der Naturschutzabteilung (WBZ 41) zur Überprüfung schriftlich anzuzeigen. Nutzen Sie dazu den beiliegenden Vordruck "Mitteilung über die Fertigstellung der Pflanzmaßnahmen":

HINWEISE

53. Aufgrund des Fällverbots in der Zeit vom 01. März bis zum 30. September gemäß § 39 Abs. 5 Nr. 2 des Bundesnaturschutzgesetzes dürfen die Gehölze nur in der Zeit vom 01.10 bis zum 28.02. gefällt werden.

Anlage

STATISTIKANGABEN ZUR UMSETZUNG DES HmbTG

Dieser Bescheid wird im Hamburger Informationsregister veröffentlicht (§ 3 Abs. 1 Nr. 13 HmbTG). Vor der Veröffentlichung werden persönliche Daten aus dem Dokument entfernt.

Für das Informationsregister wird der Bescheid um folgende Angaben ergänzt:

Art der Baumaßnahme: Errichtung

Art des Gebäudes nach künftiger Nutzung: Nichtwohngebäude

Zahl der Vollgeschosse: 1 Vollgeschoss